Zeitschrift: SVPW-Jahrbuch = Annuaire ASSP
Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft
Band: 26 (1986)

Artikel: Die schweizerische Friedensbewegung : alte Wurzeln - neue Blüten
Autor: Epple, Ruedi
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-172513

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ruedi Epple

Die schweizerische Friedensbewegung: Alte Wurzeln – Neue Blüten

Die schweizerische Friedensbewegung ist nicht neu. Seit dem Zweiten Weltkrieg hat sie die militär-, sicherheits- und friedenspolitische Auseinandersetzung in der Schweiz mitgeprägt, ohne freilich zu organisatorischer Einheit zu finden oder mit ihren Anliegen Erfolg zu haben.

Anfangs der achtziger Jahre erlebte die schweizerische Friedensbewegung eine neue Blüte und wurde in Organisations- und Aktionsform den «neuen» politischen Bewegungen ähnlich. Historische Entwicklung sowie das Verhältnis «alter» und «neuer» Friedensbewegung bilden das Thema dieses Beitrags.

Le mouvement de la paix n'est pas récent en Suisse. Depuis la deuxième guerre mondiale, les pacifistes suisses ont contribué aux discussions sur la politique de la défense militaire, la sécurité et la paix, même s'ils n'ont jamais trouvé l'unité de leurs organisations ou obtenu des succès dans leurs revendications.

Au début des années quatre-vingts, le mouvement de la paix a connu une renaissance et s'est adapté aux formes d'organisation et action des nouveaux mouvements sociaux. L'évolution historique et les relations entre «anciens» et «nouveaux» mouvements de la paix sont les sujets présentés dans cet article.

Zu Beginn der achtziger Jahre trat auch in der Schweiz wie in ganz Westeuropa [1] eine sogenannte «neue» Friedensbewegung auf. Auftakt war die Grossdemonstration vom 5. Dezember 1981, die 30 000 bis 40 000 Menschen nach Bern führte. Endpunkte waren die Berner Menschenkette vom 5. November 1983 mit wiederum rund 40 000 Teilnehmern sowie die Abstimmung über die Zivildienstinitiative vom 26. Februar 1984, die mit einer deutlichen Niederlage für die Friedensbewegung endete.

Ordnet sich damit die schweizerische Friedensbewegung der achtziger Jahre in die Tendenz zur «neuen» Politik ein, wie sie von Gruner [2] und anderen [3] vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen und sozialen Wandels in der Schweiz [4] beschrieben wurde?

Die schweizerische Friedensbewegung der Jahre 1981 bis 1984 – so die These des folgenden Beitrages – wird zurecht als «neue» Friedensbewegung bezeichnet. Sie unterscheidet sich in ihren Inhalten, Aktions- und Organisationsformen deutlich von der «alten» Friedensbewegung, welche die friedenspolitischen Auseinandersetzungen seit dem Zweiten Weltkrieg bis in die siebziger Jahre hinein prägte. Die «alte» Friedensbewegung aber ist nicht tot. Sie lebt – teilweise selbst erneuert – als Teil der neuen Bewegung fort. Die neue Friedensbewegung ist – so lässt sich zeigen – eine «neue Blüte» mit «alten Wurzeln». Die Friedensbewegung ordnet sich damit in die Tendenz zur «neuen» Politik ein. Im folgenden werden die Veränderungen in der Friedensbewegung jedoch nicht auf externe Einflussfaktoren zurückgeführt, sondern es wird der Versuch unternommen, sie als kumulierten Niederschlag von Erfahrungen und Lernprozessen der alten Friedensbewegung zu erklären. Die schweizerische Friedensbewegung der Nachkriegszeit wird verstanden als «kollektiver Akteur, der in den Prozess sozialen bzw. politischen Wandels eingreift» [5] und dabei selbst dem Wandel unterliegt. Dieser Wandel wird zurückgeführt auf eine «aktive und bewusste Auseinandersetzung mit Bewegungserfahrungen und Umweltveränderungen» und interpretiert als «Lernprozess» der Bewegung, der sowohl Ziele als auch Organisations- und Aktionsformen betreffen kann. [6]

Die Rede von der schweizerischen Friedensbewegung als «sozialer Bewegung» und als «kollektivem Akteur» unterstellt keine «Einheitlichkeit», son-

1 Pestalozzi, Hans A. u. a. (Hrsg.), *Frieden in Deutschland,* München 1982; Steinweg, Reiner (Red.) 1982, *Die neue Friedensbewegung,* Frankfurt 1982.

2 Gruner, Erich, *Politische Aktivität und Verweigerung,* in: ders. / Hertig, Hans P., *Der Stimmbürger und die ‹neue› Politik,* S. 171–313.

3 Kriesi, Hanspeter u. a. (Hrsg.), *Politische Aktivierung in der Schweiz 1945–1978,* Diessenhofen 1981; Levy, René / Duvanel, Laurent, *Politik von unten,* Basel 1984.

4 Gruner, *a. a. O.,* S. 200–231; Levy, René / Zwicky, Heinrich, *Politische Partizipation und neuere Aktionsformen,* in: Klöti, Ulrich (Hrsg.), *Handbuch Politisches System der Schweiz 2: Strukturen und Prozesse,* Bern/Stuttgart 1984, S. 279–309.

5 Raschke, Joachim, *Soziale Bewegungen,* Frankfurt 1985, S. 76.

6 Raschke, *a. a. O.,* S. 377–383; Buro, Andreas, *Die Entstehung der Ostermarschbewegung als Beispiel für die Entfaltung von Massenlernprozessen,* in: *Friedensanalysen,* Bd. 4, S. 50–78.

dern impliziert «eine Vielfalt von Tendenzen, Organisationen und Aktionsansätzen» innerhalb der Friedensbewegung. [7]

Der folgende Beitrag stellt die schweizerische Friedensbewegung in den Mittelpunkt und reflektiert deren Praxis aus der Sicht einer «praxisbezogenen Friedensforschung», die zur Friedensbewegung in einem spannungsvollen und dennoch produktiven Verhältnis stehen will. [8]

I. Die alte Friedensbewegung

Die alte Friedensbewegung, die ihre Wurzeln teilweise bereits in der Zwischenkriegszeit geschlagen hatte [9], durchlebte mehrere Phasen, in denen jeweils andere Forderungen im Zentrum standen. [10]

1. Rüstungsausgaben und internationale Solidarität

Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre war in der Schweiz eine gewisse Militärmüdigkeit zu verzeichnen, die aber nicht die Ausmasse annahm wie nach dem Ersten Weltkrieg. Dennoch: Die Armee hatte Nachwuchssorgen und dem Militärbudget sowie den Bestrebungen zum Ausbau des Zivilschutzes erwuchs Opposition. [11] Ausdruck dieser Strömung war u. a. die «Chevallier-Initiative», die 1954 von einem welschen Journalisten praktisch im Alleingang lanciert wurde und eine vorübergehende Herabsetzung der Militärausgaben sowie den Einsatz der eingesparten Gelder für Sozialwerke im In- und Ausland verlangte. Die von 80 000 Stimmbürgern unterzeichnete Initiative wurde aus formalrechtlichen Gründen vom Parlament für ungültig erklärt, worauf sich ein in der Friedensbewegung breiter abgestütztes Initiativkomitee bildete, das Chevalliers Forderungen aufnahm und als «Doppelinitiative» lancierte: Die Militärausgaben sollten plafoniert und Sozialwerken finanzielle Mittel zugeführt werden. Auch diese Initiativen kamen nicht zur Abstimmung: Nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Ungarn sahen

7 Raschke, *a. a. O.*, S. 77.

8 Forum für praxisbezogene Friedensforschung (Hrsg.), *Forschungskonzept*, Zürich o. J.; Jahn, Egbert, *Friedensforschung und Friedensbewegung*, in: Steinweg (Red.), *a. a. O.*, S. 145–165.

9 Brassel, Ruedi / Tanner, Jakob, *Zur Geschichte der Friedensbewegung*, i. E.; Kugler, Alex, *Zivildienst und Abrüstung*, Liz.-arbeit an der Universität Basel, Zürich o. J. (1979) (hekt.) Marxer, Veronika, *Die pazifistisch-antimilitaristische Bewegung in der Schweiz...*, Liz.-arbeit an der Universität Zürich, Zürich 1984 (hekt.).

10 Amherd, Leander, *Die Friedensbewegung in der Schweiz (1945–1980)*, Liz.-arbeit an der Universität Bern, Bern 1984 (hekt.).

11 Beretta, Riccardo, *Historische Studie über den Pazifismus: Die erste Welle 1945–1954*, in: SAMS-Informationen, 7. Jg., Nr. 1, 1983, S. 96–114; Alboth, H., *Die bewaffnete Neutralität*, in: Nationales Jahrbuch, hrsg. von der Neuen Helvetischen Gesellschaft, 1956, S. 157 ff.

die Initianten keine Chancen mehr für eine faire Auseinandersetzung und zogen ihre Volksbegehren zurück. Die antimilitärische Strömung der unmittelbaren Nachkriegszeit war inzwischen verflogen, der militärischen Landesverteidigung durch die Umpolung der antinationalsozialistischen in eine antikommunistische Stimmung eine neue Legitimationsbasis verschafft. [12]

2. Atomwaffen für die Schweiz?

Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre galt die Aufmerksamkeit der Friedensbewegung den Bestrebungen, die Schweizer Armee mit Atomwaffen auszurüsten. In der «Schweizerischen Bewegung gegen die atomare Aufrüstung» (SBAA) fanden sich die Atomwaffengegner zusammen und lancierten eine Initiative, die ein verfassungsmässiges Verbot atomarer Waffen verlangte. [13] Die «Sozialdemokratische Partei der Schweiz» (SPS) ihrerseits hatte unter dem Druck ihres antimilitaristischen Flügels, der mit der SBAA zusammenarbeitete, eine weitere Atomwaffeninitiative in die Wege geleitet. Sie verlangte, die Anschaffung von Atomwaffen, sollte sie einmal konkret in Erwägung gezogen werden, einer Volksabstimmung zu unterwerfen (obligatorisches Referendum). Beide Vorstösse erlitten in der Volksabstimmung Niederlagen: 1962 wurde die SBAA-Initiative mit 34,8 Prozent Ja-Stimmen gegen 65,2 Prozent Nein-Stimmen, ein Jahr später die Initiative der SPS mit 37,8 Prozent gegen 62,2 Prozent der Stimmen abgelehnt. Nach den Abstimmungen setzte die SBAA ihren Kampf noch einige Jahre fort und führte bis 1966 jährlich einen Ostermarsch durch. [14]

3. Waffenausfuhr und Zivildienst

Ihren Höhepunkt erlebte die «alte» Friedensbewegung der Schweiz im Zusammenhang der 68er Bewegung Ende sechziger, Anfang der siebziger Jahre. Diesmal standen zwei Fragen im Vordergrund: Ein Waffenausfuhrverbot sowie die Einführung eines Zivildienstes für Militärdienstverweigerer. Auch diese Forderungen versuchte die Friedensbewegung mit Volksinitiativen durchzusetzen.

Anlass für die Initiative für ein Waffenausfuhrverbot waren illegale Waffenexporte des grössten schweizerischen Rüstungsproduzenten nach Nigeria, das mit seiner Provinz Biafra in einem blutigen Bürgerkrieg stand. Der Skan-

12 Levy / Duvanel, *a. a. O.*, S. 85–123.

13 Heiniger, Markus, *Die schweizerische Antiatombewegung 1958–1963*, Liz.-arbeit an der Universität Zürich, Zürich 1980 (hekt.).

14 Brassel / Tanner, *a. a. O.*, 37–42; Heiniger, *a. a. O.*

dal flog 1968 auf, und 1970 reichte ein Komitee der Friedensbewegung eine Initiative ein, welche die schweizerischen Waffenexporte auf die neutralen Staaten Europas beschränken wollte. Die Behörden erarbeiteten daraufhin ein Kriegsmaterialgesetz, das die Waffenausfuhrkontrolle verschärfte, lehnten aber die Initiative der Friedensbewegung ab. 1972 wurde der Vorschlag trotzdem beinahe angenommen: Immerhin 49,7 Prozent Ja-Stimmen standen nur 50,3 Prozent Nein-Stimmen gegenüber. Allerdings hätte das Volksmehr, das lediglich um etwa 8000 Stimmen verfehlt wurde, noch nicht ausgereicht, um das Waffenausfuhrverbot in der Verfassung zu verankern. Vom Ständemehr war die Friedensbewegung noch weit entfernt. [15]

Das Problem der Militärdienstverweigerer stellte sich im Verlauf der sechziger Jahre in zunehmendem Masse. Immer mehr junge Schweizer verweigerten den Militärdienst und gingen für mehrere Monate ins Gefängnis. Einen Ersatz- oder Zivildienst kannte und kennt die Schweiz bekanntlich nicht. Eine Gruppe von Lehrern nahm 1970 die 70jährige Forderung der Friedensbewegung auf und verlangte einen Zivildienst. [16] Ihre in Form der «Anregung» formulierte Initiative fand die Zustimmung der Behörden, welche den Auftrag entgegennahmen, einen konkreten Vorschlag zu unterbreiten. Dieser Vorschlag aber, der 1977 zur Volksabstimmung kam, befriedigte weder Befürworter noch Gegner eines Zivildienstes. In der Volksabstimmung im Dezember 1977 waren 36,5 Prozent der Stimmenden für, 63,5 Prozent gegen die Ersatzdienstvorlage.

Hatte die Waffenausfuhrverbotsinitiative ihren Beinahe-Erfolg vor dem Hintergrund der «Reformfreudigkeit» nach 1968 errungen, so fiel die Abstimmung über den Zivildienst 1977 in eine Zeit des Wirtschaftseinbruchs und einer gegenteiligen politischen Grundströmung.

Noch vor der Abstimmung hatte ein neues Komitee die «Initiative für einen echten Zivildienst» lanciert. Dieser neue Vorstoss war keine Anregung mehr, sondern verlangte in Form eines «formulierten Entwurfs» einen Zivildienst für Militärdienstverweigerer von anderthalbfacher Dauer des verweigerten Militärdienstes. Die Gewissensspaltung und -prüfung sollte durch den sogenannten «Tatbeweis» überflüssig gemacht werden. [17]

15 Lutz, Andreas, *Die Schweizerische Initiative für ein Waffenausfuhrverbot,* in: Benedict, H. J. / Bahr, H. E., *Eingriffe in die Rüstungsindustrie,* Darmstadt/Neuwied 1975, S. 105-116.

16 Hug, Peter, *Die Geschichte des Zivildienstes in der Schweiz...,* Seminararbeit am Historischen Seminar der Universität Bern, Bern 1982 (hekt.); Stricker, Bernhard, *Die Münchensteiner-Initiative,* Proseminararbeit am Historischen Seminar der Universität Bern, Bern 1981 (hekt.).

17 Stricker, Bernhard, *Neueste Zivildienstgeschichte 1970-1981,* Zollikofen 1982.

4. «Schweizerischer Friedensrat» und «Schweizerische Friedensbewegung»

Organisatorisches Gerüst der «alten» schweizerischen Friedensbewegung war lange Zeit der «Schweizerische Friedensrat» (SFR). [18] Er entstand 1945 quasi als Nochfolge- und Konkurrenzorganisation des «Rassemblement Universel pour la Paix» (RUP). Der Schweizer Zweig dieser internationalen Organisation war von 1936 bis 1945 die erste Dachorganisation der schweizerischen Friedensbewegung gewesen, die sehr unterschiedliche, auch kommunistische, Friedensgruppen umfasste. Der SFR sollte weniger aktivistisch und linkslastig sein, als es das RUP in den Augen einiger seiner Mitgliedsorganisationen gewesen war. RUP und SFR bestanden noch einige Zeit nebeneinander – das RUP als Mitgliedsorganisation des SFR. 1949 setzte sich der SFR aber endgültig durch, während sich das RUP auflöste. Dem SFR gehörte ein politisch schmaleres Spektrum von Friedensorganisationen an als dem RUP. Vor allem die kommunistisch orientierten Gruppierungen fanden keinen Platz mehr und mussten sich mit der «Schweizerischen Bewegung für den Frieden» (SBF) ein neues Dach geben. Die Arbeit des SFR war vorwiegend «konsultativ und informatorisch». Aktionen konnten nur dann unternommen werden, «wenn alle Mitglieder mit ihnen einverstanden» waren. Dadurch war der SFR weniger handlungsfähig als das RUP. Dies änderte sich erst ab Mitte der fünfziger Jahre. Die Richtung der «entschiedenen Friedensgruppen» um die radikalpazifistische «Zentralstelle für Friedensarbeit» (SZF), in der Zwischenkriegszeit von Leonhard Ragaz gegründet und von dessen religiös-sozialem Gedankengut geprägt, begann sich durchzusetzen, während andere Mitgliedsorganisationen aus dem SFR austraten.

Heute gehören dem SFR zehn Mitgliedsorganisationen an. Von seinen 15 Gründungsmitgliedern sind nur noch der «Service Civil International» (SCI) und der «Schweizerische Versöhnungsbund» (SVB) dabei. Neu dazugekommen sind etwa der «Christliche Friedensdienst» (CFD), die «Christen für den Sozialismus» (CfS), die «Jungsozialisten», die «Ecole Instrument de Paix» (EIP) und die «Gruppe Schweiz ohne Armee» (GSoA).

Der SFR legte das Hauptgewicht seiner Arbeit auf innenpolitische Themen. Im Vordergrund standen der Zivildienst, die Entwicklungszusammenarbeit, die atomare Aufrüstung der Schweiz, die Waffenausfuhr, die Volksrechte, die Militärjustiz, die Ausländer- und Asylpolitik und die Rüstungsausgaben. Die meisten friedenspolitischen Auseinandersetzungen in der Schweiz nach 1945 gehen auf Anregungen des SFR oder aus dem Kreis seiner Mitgliedsorganisationen zurück. Seit Mitte der siebziger Jahre vollzieht sich im SFR ein Strukturwandel. Die neue Friedensbewegung hat diesen Prozess beschleunigt. Der Weg des SFR führt weg vom Versuch, als Dachorganisation mit Kol-

18 SFR (Hrsg.), *Rückblick für die Zukunft,* Zürich 1981.

lektivmitgliedern gesamtschweizerisch alle Richtungen der nicht-kommunistischen Friedensbewegung zusammenzufassen und gegenüber der Öffentlichkeit und den Behörden zu vertreten; der SFR hat sich gewandelt zur basisorientierten Organisation mit Kollektiv- und Einzelmitgliedern, die die Rolle eines Animations-, Koordinations- und Sammelpunkts für Teile der neuen Friedensbewegung vor allem in der Deutschschweiz übernimmt. Als Herausgeber der «Friedenszeitung» erfüllt der SFR zudem eine wichtige Informationsaufgabe innerhalb der Bewegung. Zu den Aktionen gegen die Ausstellung W'81 in Winterthur, gegen die Frauenfelder Wehrschau und gegen die Exporte sensitiver Bestandteile von Atomanlagen durch die Winterthurer Firma Gebrüder Sulzer AG, zu den Demonstrationen 1981 und 1983 in Bern, zum Ostermarsch'82 und zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft «Wir wollen nicht zu Tode verteidigt werden» (WIWONITO) gab er wichtige Impulse.

Der Strukturwandel des SFR hinterlässt aber auch Lücken. In der Welschschweiz und im Tessin, die beide seit Anfang der siebziger Jahre vom SFR kaum mehr repräsentiert werden, haben andere Verbände die Funktion der Dachorganisation, des Zusammenschlusses von Mitgliedsorganisationen, übernommen (z. B. das «Centre Martin Luther King» (CMLK) in Lausanne). Auf gesamtschweizerischer Ebene bildet die «Vollversammlung» des losen «Berner Kreises» ein gewisses Dach der schweizerischen Friedensbewegung.

Aus der alten Friedensbewegung stammt auch die Organisation mit dem anspruchsvollen Namen «Schweizerische Friedensbewegung» (SFB).[19] Sie entstand 1949, nachdem das RUP aufgelöst worden war, als Ableger des «Weltfriedensrates» (WFR) zunächst unter dem Namen «Schweizerische Bewegung für den Frieden» (SBF). Ihre Aufgabe sah die SBF vornehmlich darin, die Appelle des WFR zu unterstützen. Für dessen «Stockholmer Appell», der in den fünfziger Jahren ein Verbot der Atombomben forderte, sammelte sie in der Schweiz 250 000 Unterschriften. Wegen ihrer Nähe zum WFR war sie stark antikommunistisch gefärbter Kritik ausgesetzt. Entsprechend ruhig wurde es im «Kalten Krieg» um sie. Wieder vermehrt an die Öffentlichkeit getreten ist sie unter dem neuen Namen «Schweizerische Friedensbewegung» in der Phase der Entspannungspolitik. Sie unterstützte 1975 den «2. Stockholmer Appell» des Weltfriedensrates, beteiligte sich 1977 an dessen Kampagne gegen die Neutronenbombe und organisierte verschiedene internationale Kongresse und Konferenzen. Im Rahmen der neuen Friedensbewegung lancierte die SFB in Anlehnung an den «Krefelder Appell» in der Bundesrepublik[20] den «Schweizer Appell für Frieden, gegen den Atomtod» und sammelte dafür Unterschriften. Sie beteiligte sich an den Vorbereitungen der Grossdemonstrationen der neuen Friedensbewegung und trug wesentlich die Ostermärsche '83, '84 und '85. Seit 1978 gibt die SFB die Zeitung «Unsere Welt» heraus.

19 SFB (Hrsg.), *Schweizerische Friedensbewegung - Weltfriedensrat 1949-1983,* Basel 1983.
20 Strässer, Christoph, *Der Krefelder Appell,* in: Pestalozzi u. a. (Hrsg.), *a. a. O.,* S. 87-92.

Die SFB ist in ihren Forderungen stark internationalistisch orientiert. Im Zentrum stehen die internationale Abrüstung und die Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen in Ländern der Dritten Welt. Bei Forderungen gegenüber dem Ostblock übt sie starke Zurückhaltung. Innenpolitische Forderungen sind selten und im Interesse der Bündnispolitik der SFB möglichst allgemein formuliert.

II. Die neue Friedensbewegung

1. Krise und Neubeginn

Die zweite Hälfte der siebziger Jahre war eine kritische Zeit für die schweizerische Friedensbewegung. Vor dem Hintergrund der konservativen Trendwende fanden ihre Forderungen in der Öffentlichkeit weniger Gehör, nahm die Repression zu und engagierten sich weniger Aktivisten. Organisationen, die noch wenige Jahre vorher die friedenspolitische Szene wesentlich mitgeprägt hatten, verschwanden wieder von der Bildfläche oder verloren an Bedeutung, so z. B. der «Arbeitskreis Kritische Kirche» und die «Internationale der Kriegsdienstgegner». In der Zivildienstfrage konnte sich die Friedensbewegung trotz gegenteiliger Anstrengungen nicht auf eine einheitliche Stellungnahme zur bundesrätlichen Ersatzdienstvorlage durchringen. Zudem stand sie in Konkurrenz zur Ökologiebewegung, die in ihrer Auseinandersetzung um die Atomkraft viele Kräfte mobilisieren konnte und mit neuen Aktions- und Organisationsformen experimentierte. [21]

Schliesslich wurden in diesen Jahren auch die Inhalte, Aktions- und Organisationsformen der alten Friedensbewegung hinterfragt: Der SFR beispielsweise weitete das Spektrum seiner Schwerpunkte im Laufe der siebziger Jahre beträchtlich aus und entwickelte sich beinahe zu einer «Friedenspartei». Er engagierte sich im Kampf gegen den «Abbau der Volksrechte», später in den Auseinandersetzungen um die Nachrüstung. [22] Einzelne Vorhaben waren innerhalb der Friedensbewegung umstritten, so die Initiativen zur Abschaffung der Militärjustiz, zur Einführung des Rüstungsreferendums sowie die Zweitauflagen der Initiativen für einen Zivildienst und für ein Waffenausfuhrverbot. So musste die «Initiative für einen echten Zivildienst» zunächst ohne die Unterstützung der alten Friedensbewegung auskommen und die Rüstungsreferendumsinitiative von der SPS in eigener Regie gestartet werden. Die andern Initiativpläne zerschlugen sich.

Schliesslich setzten in diesen Jahren im SFR auch langwierige Strukturdiskussionen und -reformen ein. Der SFR realisierte, dass er seit geraumer Zeit

21 Schroeren, Michael, *z. B. Kaiseraugst,* Zürich 1977; Epple, Ruedi, *Schweiz - Atomare Präzision,* in: Mez, Lutz (Hrsg.), *Der Atomkonflikt,* Reinbek 1981, S. 260–283.

22 SFR (Hrsg.), *a. a. O.*

nur noch die Deutschschweiz repräsentierte. In der Romandie entstanden neue Dachorganisationen der Friedensbewegung, wie die «Fédération romande des mouvements non-violents».

Dennoch: Trotz Krise, trotz konservativer Strömung und Hinterfragung der bisherigen Praxis, und trotz Behauptungen ihrer Gegner, eine importierte Bewegung zu sein[23], verschwand die schweizerische Friedensbewegung Anfang der achtziger Jahre nicht. Sie rappelte sich durch eigene Anstrengungen wieder hoch und knüpfte an «Wurzeln» an, die in der Schweiz selbst gelegt waren:

- An der Strategie der Schweizer Militärs, ihre Aufrüstungspläne trotz rigoroser Sparpolitik im Sozialbereich durchzusetzen, hatte sich der Protest der alten Friedensbewegung entzündet (Demonstration gegen die Zürcher «Wehrschau» 1979, Diskussion über Rüstungsreferendumsinitiative).[24]
- Im Protest und Widerstand gegen die Rolle der Schweiz als Waffen- und Nuklearteileexporteur waren Friedens-, Dritte Welt-, Ökologie- und Jugendbewegung zusammengerückt (Hungerstreik Edmond Kaisers in der französischen Schweiz, Diskussion um Neuauflage der Initiative für ein Waffenausfuhrverbot, «Arbeitsgemeinschaft gegen Atomexporte», Widerstand gegen die Ausstellungen «W'81» in Winterthur und «Nuclex» in Basel).[25]
- Gegen die Bestrebungen, im Rahmen der Gesamtverteidigung die Frauen stärker einzubeziehen, hatten sich Teile der Frauenbewegung engagiert und eigene friedenspolitische Positionen entwickelt (kein Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung, das Patriarchat als Wurzel des Unfriedens, Notwendigkeit der autonomen Friedensarbeit der Frauen).[26]
- Seit 1977 sammelte das «Initiativkomitee für einen echten Zivildienst», das weitgehend ohne Unterstützung der alten Friedensbewegung gestartet war, Unterschriften für seine «Tatbeweisinitiative».[27]

23 Däniker, Gustav, *Ist die Friedensbewegung ein sicherheitspolitisches Problem?*, Referat vom 31. 8. 1982 in Zug (hekt.); SAD (Hrsg.), *Frieden ja - um jeden Preis?*, Zürich 1982; Feldmann, Josef, *Die Friedensbewegung aus strategischer Sicht*, in: ASMZ 1/1985, S. 5-16; Kommission Wehrpolitik (Hrsg.), *Die Friedensbewegung der 80er Jahre...*, Beilage zur ASMZ 1/1985, Frauenfeld 1985.

24 Hosang, Balz, *Die sieben mageren Jahre*, Zürich 1978; Herczog, Andreas, *Rüstung - Die heilige Kuh im Bundeshaus*, Zürich 1982; SFR (Hrsg.), *Diskussionspapier des SFR zur... Volksinitiative für demokratische Kontrolle der Rüstungsausgaben*, Zürich 1979.

25 Arbeitsgemeinschaft gegen Atomexporte (Hrsg.), *Sulzers Bombengeschäft mit Argentinien*, Zürich/Bern 1980; Christlicher Friedensdienst (Hrsg.), *Aktion Menschenteppich gegen die... W'81 in Winterthur-Schweiz*, Zürich 1981.

26 SFR (Hrsg.), *Frauen und Militär*, Zürich 1979; ders. (Hrsg.), *Wir passen unter keinen Helm*, Zürich 1980.

27 Stricker, Bernhard, *a. a. O.* (Anm. 17).

Diese Wurzeln und Anknüpfungspunkte zur alten Friedensbewegung waren in der Schweiz vorhanden, als der NATO-Doppelbeschluss und die Grossdemonstrationen der Friedensbewegung anderer europäischer Länder Schlagzeilen machten und des Berner «Komitee für Frieden und Abrüstung» (KFA) den Vorschlag unterbreitete, im Herbst 1981 eine grosse gesamtschweizerische Friedensdemonstration durchzuführen. Zusammen mit den Ausläufern der internationalen Friedensbewegung, welche sich in der Schweiz bereits vor der Grossdemonstration vom 5. Dezember 1981 vereinzelt gezeigt hatten (vor allem in der Form von Friedenswochen, -tagungen und -seminarien), bildeten sie den grossen Strom der neuen Friedensbewegung in der Schweiz, der 30 000 bis 40 000 Leute nach Bern führte. Dabei konnte die Friedensbewegung nicht nur ihre eigenen Erfahrungen, sondern auch die anderer neuer sozialer Bewegungen (Ökologie-, Frauen-, Dritte Welt- und Jugendbewegung) in Lernprozessen umsetzen.

Was aber sind die wesentlichen Elemente dieser neuen Friedensbewegung? Was hebt sie von der alten Friedensbewegung ab? Und inwiefern schlagen sich in der neuen Erfahrungen und Lernprozesse der alten Friedensbewegung nieder?

2. Neue Inhalte

Die alte Friedensbewegung der Schweiz hatte vorwiegend innenpolitische Forderungen durchzusetzen versucht, war dabei aber mehrmals gescheitert. Ob sie die Rüstungsausgaben begrenzen, die Beschaffung von Atomwaffen verbieten, ein Waffenausfuhrverbot verankern oder einen Zivildienst für Militärdienstverweigerer durchsetzen wollte, sie fand für ihre Forderungen keinen ausreichenden Rückhalt in der Bevölkerung. Ihren politischen Gegnern war es jedesmal gelungen, die friedenspolitischen Forderungen als Angriff auf die bewaffnete Neutralität und die Schweizer Armee auszulegen und die Abstimmungen zu Plebisziten für die Armee umzufunktionieren.

In der neuen Friedensbewegung spielt inhaltlich die internationale Rüstungssituation eine dominierende Rolle. Zwar hatte die SFB immer schon internationalistisch argumentiert. Da ihr Einfluss auf die schweizerische Friedensbewegung jedoch gering blieb, herrschten die innenpolitischen Themen vor, die vom SFR und seinen Mitgliedsorganisationen vorgebracht worden waren. Dies änderte sich im Gefolge des NATO-Doppelbeschlusses und der Grossdemonstrationen der neuen Friedensbewegungen in andern europäischen Ländern. Auf dem Boden, den die Erfahrungen der alten Friedensbewegung und die Vorläufer der neuen bereitet hatten, fanden die Forderungen zur internationalen Rüstungssituation durch das ganze Spektrum der Friedensbewegung und darüberhinaus breiten Rückhalt. Sowohl im Dezember 1981 wie im November 1983 standen Forderungen nach einem Verzicht auf die Stationierung neuer Waffensysteme in Europa und nach wirksamen Abrüstungsschritten im Zentrum. Diese Ausrichtung der Forderungen erlaubte

erst die Breite der Bewegung, ermöglichte erst einen Mobilisierungsgrad, der in der bisherigen Geschichte der schweizerischen Friedensbewegung nie erreicht worden war.

In diesen neuen Inhalten schlägt sich jedoch nicht nur die Erfahrung nieder, dass mit den bisherigen Anliegen nur ein begrenzter Rückhalt zu gewinnen gewesen ist. Darin enthalten ist auch die Einsicht, dass sich die Situation der Schweiz nicht von der Westeuropas getrennt sehen lässt - trotz Neutralitätspolitik und «Sonderfall»-Perspektive. Was die Schweiz in erster Linie bedroht, ist nicht der isolierte Angriff eines Nachbarstaates oder einer Grossmacht, sondern der Ausbruch eines nicht begrenzbaren Atomkriegs. Diesem Umstand trug bisher weder die offizielle Sicherheitspolitik noch bis in die siebziger Jahre hinein die Friedensbewegung Rechnung. [28]

Teile der neuen Friedensbewegung, vor allem der SFR, sind bemüht, auch die Rolle der Schweiz im internationalen Rüstungswettlauf und dessen Verknüpfung mit Rüstungsprogrammen in der Schweiz zu thematisieren. Ins Blickfeld geraten dabei die Defizite schweizerischer Aussen- und Abrüstungspolitik, der schweizerische Zivilschutz, der im Ausland oft als vorbildlich hingestellt wird, die Aufrüstungspolitik der Schweiz im konventionellen Bereich (z. B. Leopard-Panzer-Beschaffung) und die fortschreitende Militarisierung der schweizerischen Gesellschaft (Ausbau der Gesamtverteidigung, koordinierte Dienste, Zivilschutz, Einbeziehung der Frauen usw.). Auch diese Themen wurden bereits von der alten Friedensbewegung beackert. Im Zusammenhang mit der internationalen Rüstungssituation wird aber offensichtlich, dass die Schweiz kein «Sonderfall» darstellt, sondern im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Rüstungswettlauf der Grossmächte mit allen seinen politischen, ökonomischen und psychologischen Kosten reproduziert (ideologische und faktische Westintegration, expansive Rüstungsausgaben, Feindbildproduktion usw.). [29] Die Verknüpfung der internationalistischen Forderungen mit innenpolitischen Themen stellt den Versuch dar, von einer Betroffenheit ausgehend, die einen hohen Mobilisierungsgrad erlaubt, Bewusstseinsarbeit zu machen, die zurückführt zu näherliegenden und deshalb verstellteren Forderungen.

Eine andere inhaltliche Konsequenz aus den Erfahrungen der alten Friedensbewegung zieht die «Gruppe Schweiz ohne Armee» (GSoA) mit ihrer Volksinitiative zur Abschaffung der Schweizer Armee, für die sie im Frühjahr 1985 die Unterschriftensammlung aufnahm. Die GSoA geht davon aus, dass keine friedenspolitische Forderung eine Chance hat, durchgesetzt zu werden, solange die Armee als solche tabuisiert bleibt. Sie trägt damit der Erfahrung Rechnung, dass jede bisherige friedenspolitische Forderung als Angriff auf

28 Epple, Rudolf / Wittig, Hans-Georg, *Survey on the discussion of civilian defence in Switzerland,* in: Geeraerts, Gustaaf (Hrsg.), *Possibilities of Civilian Defence in Western Europe,* Amsterdam/Lisse 1977, S. 153-157.

29 Senghaas, Dieter, *Abschreckung und Frieden,* Frankfurt 1972.

die Schweizer Armee ausgelegt und damit zu Fall gebracht wurde, indem sie «den Stier bei den Hörnern packt» und die Armee selbst zur Disposition stellt.[30]

3. Neue Aktionsformen

Die alte Friedensbewegung hatte bei ihren Versuchen, ihre Forderungen durchzusetzen, in erster Linie das Mittel der Volksinitiative genutzt. Keiner ihrer Initiativen aber war Erfolg beschieden gewesen: Der Beitritt der Schweiz zum Atomsperrvertrag, der den vorläufigen Verzicht der Schweiz auf Atomwaffen beinhaltete, war Jahre nach den Abstimmungen keine späte Frucht der Atomwaffeninitiativen, sondern hatte aussenpolitische und wirtschaftliche Ursachen. Das Kriegsmaterialgesetz, das der Waffenausfuhrverbotsinitiative als faktischer Gegenvorschlag gegenübergestellt worden war, erwies sich entgegen der Hoffnungen der Friedensbewegung als stumpfes Instrument, und diese sah sich bald schon gedrängt, sich eine Zweitauflage des Vorstosses zu überlegen. Einen Zivildienst für Militärdienstverweigerer schliesslich hatte man ebenfalls nicht durchsetzen können. Ausser geringen Retouchen beim Strafvollzug für Militärdienstverweigerer hatte die Zivildienstinitiative nichts bewirkt.

Standen in der Zeit vor 1980 also vorwiegend Volksinitiativen und parallel oder ergänzend dazu Petitionen, Appelle und Aufklärungskampagnen im Vordergrund, so dominieren in der neuen Friedensbewegung eher unkonventionelle und direkte Aktionsformen. Auch diese können besinnlichen oder appellatorischen Charakter haben («Schweigekreise für den Frieden», «Fasten für den Frieden»), der Aufklärung dienen (Info-Stände, Flugblattaktionen, Broschüren, Plakate, Ausstellungen, Veranstaltungen) oder Proteste ausdrücken (Mahnwachen, Demonstrationen, Kundgebungen, Märsche). Sie können aber auch darüber hinausgehen und konkreten Widerstand praktizieren (Menschenteppich, kollektive Militär- oder Zivilschutzverweigerungen, Militärsteuerboykott, Verzichtserklärungen auf militärischen Schutz und Zivilschutzraum, Besetzungsaktionen). Gerade die Zahl solcher Verweigerungsaktionen hat im Zusammenhang mit der neuen Friedensbewegung stark zugenommen.

Das Auftreten neuer, unkonventioneller und zum Teil illegaler Aktionsformen ist eine Reaktion auf die Erfahrungen der alten Friedensbewegung mit den traditionellen Aktionsformen, vor allem mit dem Initiativrecht. Es dokumentiert die Suche nach Einflussmöglichkeiten ausserhalb der ausgetretenen, institutionalisierten Kanäle politischer Willensbildung. Gleichzeitig ist es Anzeichen einer Radikalisierung der Friedensbewegung: Sie beschränkt sich

30 GSoA (Hrsg.), *Anstösse zum Frieden,* Zürich/Winterthur 1984.

nicht mehr ausschliesslich darauf, der Militär- und Rüstungspolitik der Schweiz die Legitimationsbasis zu entziehen, sondern ihr darüber hinaus auch die Mitarbeit und materielle Ressourcen vorzuenthalten.

Die Vielfalt der neuen Aktionsformen bietet ein breites Handlungsangebot, nimmt unterschiedliche Anknüpfungspunkte und Betroffenheiten auf und berücksichtigt unterschiedliche Grade von Engagement und Risikobereitschaft der Aktivisten der Friedensbewegung. Das breitere Handlungsangebot erlaubt mehr Leuten, die ihnen angepassten Aktionsmöglichkeiten wahrzunehmen.

Noch fehlen Aktionsformen neuer Art, die es der Friedensbewegung erlauben würden, Forderungen auf die zentralstaatliche Ebene zu bringen. In andern europäischen Ländern führt dieses Problem zum Vormarsch grüner Parteien und zu Bestrebungen, direktdemokratische Elemente ins politische System einzubauen. [31] In der Schweiz entstanden ebenfalls grüne Parteien und spielt das Initiativrecht weiterhin eine wichtige Rolle:

- Gegen den Ausbau des Waffenplatzes Rothenthurm verbündeten sich Waffenplatzgegner, Friedens- und Ökologiebewegung, um mit der Volksinitiative «zum Schutz der Hochmoore» die umstrittene Militäranlage zu verhindern. [32]
- Die Ende der siebziger Jahre in der Friedensbewegung diskutierte Rüstungsreferendumsinitiative wurde Anfang der achtziger Jahre von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) in eigener Regie lanciert. Diese glättet damit einmal mehr den Konflikt zwischen ihrem gemässigten und ihrem antimilitaristischen Flügel. [33]
- Seit März 1985 sammelt die «Gruppe Schweiz ohne Armee» (GSoA) Unterschriften für ihre Initiative zur Abschaffung der Schweizer Armee und für eine umfassende Friedenspolitik.

Bei der GSoA-Initiative zeigt sich ein neues Verhältnis zur Initiative als politischem Instrument. Waren sämtliche bisherigen Initiativen der Friedensbewegung darauf ausgerichtet, direkt oder indirekt über Gegenvorschläge und andere Kompromisse realpolitische Veränderungen zu erzielen, so verzichtet die GSoA zum vornherein und ausdrücklich auf diesen Anspruch. Sie lancierte ihre Initiative allein in der Absicht, die politische Diskussion zu provozieren und damit Bewusstseinsarbeit zu machen. [34]

31 Epple, Ruedi, *Lehre aus dem Raketenbeschluss,* in: Wochenzeitung, 22. 6. 1984.

32 Arbeitsgemeinschaft gegen einen Waffenplatz in Rothenthurm (Hrsg.), *Die grösste Hochmoorlandschaft ist in Gefahr,* Oberägeri 1982.

33 SPS (Hrsg.), *Volksinitiative für die Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben,* Bern 1981.

34 Saner, Hans, *Vom Sinn der kommenden Niederlage,* in: Tages-Anzeiger Magazin, 6/1986, S. 25 ff.

Die alte Friedensbewegung war an Versuchen, die Bewegung organisatorisch zu vereinheitlichen, mehrfach gescheitert. Das RUP wollte die gesamte Friedensbewegung als Dachorganisation überspannen und zerfiel nach dem Zweiten Weltkrieg in kommunistische oder nicht-antikommunistische (SFB) sowie nicht-kommunistische oder antikommunistische Gruppierungen (SFR). Der SFR wollte die nichtkommunistischen Friedensorganisationen der Schweiz zusammenhalten, verlor aber im Laufe der Zeit bürgerliche oder antikommunistische Gruppierungen. Der SFR musste in den siebziger Jahren feststellen, dass er bestenfalls noch die Deutschschweiz abdeckte und dass wichtige neue Organisationen nicht bei ihm Mitglied wurden (z. B. «Frauen für den Frieden»). In der neuen Friedensbewegung entstanden eine Vielzahl neuer Organisationen. Der Zusammenschluss der «Frauen für den Frieden» war ein «Vorläufer». Nach 1980 kam eine Reihe auf Zeit gegründeter oder beständiger, aktionsbezogener oder lokaler Gruppierungen hinzu. Zum Beispiel:

- Das «Komitee für Frieden und Abrüstung» (KFA) war 1981 spontan in Bern entstanden und schlug vor, eine nationale Demonstration durchzuführen. Sein Vorschlag stiess auf grosses Interesse, und es bildete sich der sogenannte «Berner Kreis», ein loser Zusammenschluss, dem neben dem KFA Einzelpersonen und über 30 Organisationen aus der Friedensbewegung und ihrem Umfeld angehörten. KFA und «Berner Kreis» organisierten die Grossdemonstrationen vom 5. Dezember 1981 und vom 5. November 1983 in Bern. Das KFA bemühte sich um eine vermittelnde Haltung, die die Mitarbeit der ganzen neuen Friedensbewegung und das Einbringen der je unterschiedlichen Positionen und Forderungen erlaubte. Inzwischen hat sich das KFA wieder aufgelöst. [35]

- Die Arbeitsgemeinschaft «Wir wollen nicht zu Tode verteidigt werden» (WIWONITO) entstand 1981 auf Anregung des SFR. Sie überarbeitet den «Aufruf zum Ausbruch aus dem Irrenhaus», der in der BRD entstanden war, und passte ihn schweizerischen Gegebenheiten an. WIWONITO sammelte die Kräfte in und um den SFR, die durch die internationale Rüstungssituation in Bewegung gebracht worden waren und nach Aktionsmöglichkeiten in der Schweiz suchten. Sie organisierte am 12./13. Dezember 1981 ein Friedenstreffen in Luzern, an dem 500 Leute verschiedene Aspekte des Zusammenhangs zwischen der Schweiz und dem internationalen Rüstungswettlauf thematisierten sowie den Ostermarsch '82 in Basel, an dem zwischen 20 000 und 30 000 Leute teilnahmen. Die Arbeitsgemeinschaft WIWONITO – ihr Name war unter dem Eindruck der phantasievollen Aktionen der Zürcher Jugendbewegung Anfang der achtziger Jahre entstan-

35 KFA (Hrsg.), *Friedensdebatte in der Schweiz,* Bern o. J.

den – bildete das Scharnier, mit dem der SFR als Teil der alten Friedensbewegung den Anschluss an die neue Friedensbewegung fand. [36]

- Das «Ökumenische Friedensnetz Bern» ging 1983 aus der ersten «Friedensnacht» hervor, die auf Initiative der evangelisch-reformierten Kirche des Kantons Bern vom 6. auf den 7. August 1983 (Jahrestag des Abwurfs der ersten Atombombe auf Hiroshima) stattgefunden hatte. Zum «Friedensnetz» zählen sich kirchliche und konfessionelle Einzelpersonen und Gruppen, die lokal und regional, in Kirchgemeinden, am Wohn- und Arbeitsort Friedensarbeit anregen und leisten wollen. Friedensarbeit wird als aktiver Beitrag des Einzelnen in seinem Nahbereich verstanden und soll die Anliegen der Friedensbewegung vermehrt ins öffentliche Bewusstsein und an die kirchlichen Behörden herantragen. Inzwischen hat sich ein ähnliches Friedensnetz» auch in und um Basel gebildet. [37]

Die neue Friedensbewegung bemüht sich um organisatorische Vielfalt, Flexibilität und Dezentralisierung. Eine Tendenz zur Vereinheitlichung ist nicht zu verzeichnen. Keiner ihrer Teile beansprucht, zum übergreifenden Dach der neuen Friedensbewegung zu werden. Nur punktuell, zur Vorbereitung der Grosskundgebungen und -demonstrationen treten Vertreter der einzelnen Gruppierungen zu losen Verbindungen («Berner Kreis», Vorbereitungskomitees für die Ostermärsche oder das Genfer Friedenssymposium) zusammen und suchen nach der Einheit in der Vielfalt. Die organisatorische Vielfalt erlaubt es vielen Menschen, Anschluss und einen Platz in der Friedensbewegung zu finden. Die Flexibilität ermöglicht eine laufende Anpassung der Organisationsformen an neue Gegebenheiten und Erfordernissen. Die Dezentralität begünstigt ein Anknüpfen an unterschiedliche Betroffenheiten und lokale oder regionale Bezüge.

Die Suche nach der Einheit in der Vielfalt muss jedoch immer wieder von neuem aufgenommen werden und gestaltet sich mühsam. Gemeinsame Stellungnahmen der gesamten Friedensbewegung sind selten und erst nach langen Diskussionsprozessen möglich. Gegenüber der alten Friedensbewegung erlauben die neuen Organisationsformen jedoch eine Mobilisierung in bisher ungekannter Breite.

36 Arbeitsgruppe «Atomwaffen Nein» / SFR (Hrsg.), *Wir wollen nicht zu Tode verteidigt werden!*, Zürich 1981; SFR (Hrsg.), *Warum ein atomwaffenfreies Europa?*, Zürich 1981.

37 Brunner, Ursula, *Ökumenisches Friedensnetz in der Schweiz*, Bern 1984 (hekt.).

III. Zur gegenwärtigen Situation der schweizerischen Friedensbewegung

1. Lernprozesse und neue Krise

Nicht nur die neue, auch die alte Friedensbewegung hatte schon gelernt: So ist die Geschichte der friedenspolitischen Initiativen der Nachkriegszeit auch eine Geschichte des zunehmend perfekteren Umgangs einer sozialen Bewegung mit dem Instrument der Volksinitiative. Die «Schweizerische Bewegung gegen die atomare Aufrüstung» machte erste Gehversuche mit unkonventionellen, wenn auch nicht direkten Aktionsformen und weitete den Blick auf die internationale Rüstungssituation. [38] Die steigende Zahl von Militärdienstverweigerern übte zunehmend mehr Aktivisten der Friedensbewegung in den zivilen Ungehorsam ein.

Neu an der Friedensbewegung der achtziger Jahre ist, dass sich hier Lernprozesse kumuliert niederschlagen und sowohl Ziele und Forderungen als auch Aktions- und Organisationsformen betreffen. Die Kumulation der Lernprozesse erlaubt einen Mobilisierungsgrad, ein Handlungspotential und eine organisatorische Breite bisher nicht gekannten Ausmasses. Dennoch geriet auch die neue Friedensbewegung in eine Krise. Doch so wenig die neue Friedensbewegung der Jahre 1981 bis 1984 allein ein Importprodukt war, so wenig ist es ihr derzeitiger Einbruch. Zwar wirkte der Stationierungsbeginn der Pershing-Raketen in NATO-Ländern auch in der Schweiz demobilisierend. Ausschlaggebend aber waren andere Faktoren:

- Nach dem 5. November 1983 konzentrierten sich grosse Teile der neuen Friedensbewegung auf die Abstimmung über die Volksinitiative für einen «echten Zivildienst», die auf den 25./26. Februar 1984 angesetzt war. Sie bot die Möglichkeit, einer alten konkreten Forderung der Friedensbewegung zum Durchbruch zu verhelfen. Die kompromisslose Haltung der Behörden zur Zivildienstinitiative, die einmalige Aufbauarbeit der Initiativbewegung, das Erstarken der Friedensbewegung seit 1981 und positive Umfrageergebnisse liessen diese Möglichkeit als Chance erscheinen, obwohl noch nie eine Initiative friedenspolitischen Inhalts von Erfolg gekrönt war. Die Abstimmung wurde zu einer Niederlage der Friedensbewegung: Nur 36,1 Prozent Ja-Stimmen standen 63,9 Prozent Nein-Stimmen gegenüber. Die schweizerische Friedensbewegung hatte neben dem Stationierungsbeginn auch noch dieses unerwartet schlechte Ergebnis in der Zivildienstabstimmung zu verdauen.

- Das breite Spektrum der schweizerischen Friedensbewegung hatte schon 1981 nur mühsam unter einen Hut gebracht werden können. Um die Form der nationalen Grosskundgebung und die Forderungen, die erhoben werden sollten, waren jeweils zähe Verhandlungen entbrannt. Je stärker innen-

38 Buchbinder, Heinrich, *Landesverteidigung im Atomzeitalter,* Zürich 1966.

politische Forderungen miteinbezogen wurden und je kritischer die Politik des Ostblocks betrachtet wurde, desto brüchiger wurde die Einheit. Im Vorfeld des «Ostermarsches '84» kam es dann zum Bruch, indem sich der SFR und der «Berner Kreis» öffentlich vom Forderungskatalog des Ostermarschkomitees distanzierte, das von der SFB dominiert wurde. Dessen Verzicht auf die beiden Forderungen «Abbau der Blocksysteme» und «Solidarität mit den unabhängigen Bewegungen in Osteuropa» fassten sie als Rückschritt hinter die Forderungen vom 5. November 1983 auf, den sie nicht mitvollziehen wollten.

Die Krise der neuen Friedensbewegung hatte Ursachen in Problemen, mit denen schon die alte Friedensbewegung zu kämpfen gehabt hatte: Sie erlitt eine Niederlage in einem zum Armee-Plebiszit umfunktionierten Abstimmungskampf um eine friedenspolitische Initiative. Und ihre fragile Einheit in der Vielfalt zerbrach entlang der Linie, die durch die Propaganda ihrer Gegner bewusst aktualisiert worden war (Nowostni-Affäre u. a.) und der schon frühere Spaltungsmanöver gegolten hatten. [39] Die zwei, drei Jahre Erfahrungen mit neuen Inhalten, Aktions- und Organisationsformen hatten nicht ausgereicht, die Friedensbewegung diese Probleme meistern zu lehren.

2. Ausblick

Das Hauptbroblem der schweizerischen Friedensbewegung ist der unangefochten hohe Stellenwert der traditionellen Neutralitätspolitik und militärischen Landesverteidigung im «Kollektivbewusstsein» der Schweizerinnen und Schweizer. Alle Forderungen, die die Schweiz selbst betreffen und Konsequenzen haben könnten, bleiben chancenlos, wenn sie als Angriff auf die militärische Landesverteidigung ausgelegt werden. Bei diesem «Kollektivbewusstsein» handelt es sich nicht um kurzfristig erzeugte Werthaltungen oder Einstellungen, die in einem Abstimmungskampf zur Disposition stehen würden, sondern um eine «in der Stimmbürgerschaft verankerte (. . .) Prädisposition», die in Auseinandersetzungen um friedenspolitische Forderungen «nur aktiviert, das heisst handlungsrelevant gemacht» zu werden braucht. [40] Für das Vorhandensein solcher «Prädispositionen» spricht, dass die friedenspolitischen Initiativen, obwohl jeweils andere Einzelfragen anstanden, in den Abstimmungen weitgehend übereinstimmende «Responses» provozierten [41]

39 Heiniger, *a. a. O.;* Brassel / Tanner, *a. a. O.*, S. 37-42.

40 Longchamp, Claude, *Vox-Analyse zur Zivildienst-Abstimmung,* in: Zivildienst-Zeitung, Nr. 42, Jan./Febr. 1985, S. 14-16.

41 Gilg, Peter / Frischknecht, Ernst, *Regionales Verhalten in eidgenössischen Volksabstimmungen,* in: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft, 16/1976, S. 181-201. Die Korrelationskoeffizienten zwischen den Abstimmungsergebnissen der einzelnen friedenspolitischen Initiativen liegen verhältnismässig hoch, nämlich zwischen 0,78 und 0,97.

und damit zu Fall gebracht werden konnten, indem sie als Angriff auf die militärische Landesverteidigung ausgelegt wurden.

Zwar vollzieht sich ein Wertwandel, der auch die militärische Landesverteidigung betrifft. Die Notwendigkeit des Militärs aber wird kaum bestritten. [41a] Trotz einer gewissen Tradition in «gewaltloser Politik» [42]: Die Gewalt bleibt auch in der Schweiz «ultimo ratio» zur Austragung von Konflikten auf persönlicher, innerstaatlicher und zwischenstaatlicher Ebene. [43]

Daraus die Konsequenzen zu ziehen, «den Stier bei den Hörnern zu packen», die militärische Landesverteidigung zur Abschaffung zu empfehlen und der Neutralitäts- eine umfassende Friedenspolitik gegenüberzustellen, wie es die GSoA tut, mag in dieser Situation naheliegen. Trotzdem ist dieser Versuch problematisch. Die erwähnten «Prädispositionen» sind als «Strukturen im Kollektivbewusstsein der Schweiz» in einem langen Prozess entstanden. [44] Es braucht damit mehr als verbale Auseinandersetzungen und Argumente bei einer Unterschriftensammlung und in einem Abstimmungskampf, um sie aufzubrechen. Es braucht «Gegenerfahrungen», «Lernschritte zur Gewaltlosigkeit». [45] Solche Gegenerfahrungen vermitteln Initiativen nicht. Im Gegenteil: Indem sie Ressourcen binden, verhindern sie, dass mehr Erfahrungen in solidarischen, gewaltfreien und direkten Aktionen gemacht werden. Und statt mit einer positiven Erfahrung enden Initiativen regelmässig mit einer demobilisierenden Niederlage, aus der die Vertreter des status quo gestärkt – weil zum wiederholten Male durch einen Volksentscheid legitimiert – hervorgehen.

Die Zukunft der schweizerischen Friedensbewegung wird davon abhängen, ob sie weiterhin den ausgetrampelten Pfad der Initiativen beschreiten wird oder ob sie den Weg mit neuen Inhalten, Organisations- und Aktionsformen, den sie in den Jahren 1981 bis 1984 ansatzweise beschritt, fortsetzt. Auf diesem Weg könnten viele Menschen in einen produktiven und weiterführenden neuen Lernprozess in Richtung Frieden einbezogen werden. [46]

41a Haltiner, Karl W., *Milizarmee. Bürgerleitbild oder angeschlagenes Ideal?*, Frauenfeld 1985.

42 Steiner, Jürg, *Gewaltlose Politik und kulturelle Vielfalt*, Bern/Stuttgart 1970.

43 Nolting, Hans-Peter, *Lernschritte zur Gewaltlosigkeit*, Reinbek 1981.

44 Longchamp, *a. a. O.*

45 Nolting, *a. a. O.;* Ebert, Theodor, *Wie das Volk lernt, die Soziale Verteidigung zu wollen oder Der lange Marsch zu einer politischen Kultur der Widerstandsbereitschaft*, in: ders., *Soziale Verteidigung*, Waldkirch 1981, S. 104–113; Kern, Peter / Wittig, Hans-Georg, *Pädagogik im Atomzeitalter*, Freiburg i. Br. 1982.

46 Buro, Andreas, *Zwischen sozial-liberalem Zerfall und konservativer Herrschaft, Zur Situation der Friedens- und Protestbewegung in dieser Zeit*, Offenbach 1982.